

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington

THINK TANK UPDATE
MÄRZ 2004

Aktuelle Umfragewerte zum Präsidentschaftswahlkampf 2004;
Schwerpunkt Lateinamerika;
Für die Demokraten geht es im Wahlkampf um alles;
George Soros hat sich ein neues Ziel gesetzt;
Europäische Verfassung ohne „Limits“;
Libyen kein Vorbild für „Schurkenstaaten“;
Theorien der Int. Beziehungen seit Ende des Kalten Krieges;
Strategie für Allianzen;
Kurzrezension: Visions of America and Europe;
Frauenrechte im Arabischen Raum;
Zweite Welle von HIV und Aids;
Russland will sich strategisch nicht festlegen;
Demographie in Amerika und Europa

Franz-Josef Reuter
Kristin Vorpahl
Caroline Kanter

Washington am 25. März 2004

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

Aktuelle Umfragewerte zum Präsidentschaftswahlkampf 2004; Schwerpunkt Lateinamerika; Für die Demokraten geht es im Wahlkampf um alles; George Soros hat sich ein neues Ziel gesetzt; Europäische Verfassung ohne „Limits“; Libyen kein Vorbild für „Schurkenstaaten“; Theorien der Internationalen Beziehungen seit Ende des Kalten Krieges; Strategie für Allianzen; Kurzrezension: Visions of America and Europe; Demographie, Frauenrechte im Arabischen Raum; Zweite Welle von HIV und Aids; Russland will sich strategisch nicht festlegen; Demographie in Amerika und Europa

Der Irak ist nicht die einzige instabile Region der Welt, das machen die neuesten Analysen der Washingtoner Think Tanks deutlich. Mark Falcoff vom AEI beschäftigt sich mit dem unsicheren Referendum in Venezuela, der Stabilisierung in Argentinien und den Erfolgen des kolumbianischen Präsidenten Uribe gegenüber der Guerilla. George Soros sorgt derzeit für Aufsehen: Er hat sich und sein Vermögen der „ABB – Anyone But Bush“-Bewegung verschrieben. Grover Norquist sieht die Demokraten in die Ecke gedrängt. Außerdem: Libyen bleibt ein Schurkenstaat, der Welt steht eine zweite AIDS/HIV-Welle bevor, Russlands strategische Ausrichtung steht nicht fest, die Rechte der Frauen in Arabien, Kritik an der Europäischen Verfassung. Zur Kurzrezension steht ein Sammelband des CSIS zu den transatlantischen Beziehungen. Die demographische Entwicklung in Europa und Amerika wird ebenfalls diskutiert.

Aktuelle Umfragewerte zum Präsidentschaftswahlkampf 2004

In der neuesten Wählerbefragung von *Washington Post-ABC News*, entschieden sich, auf die Frage welchem Kandidaten man gegenwärtig die Stimme geben würde, 48% für John Kerry und 44% für George W. Bush.

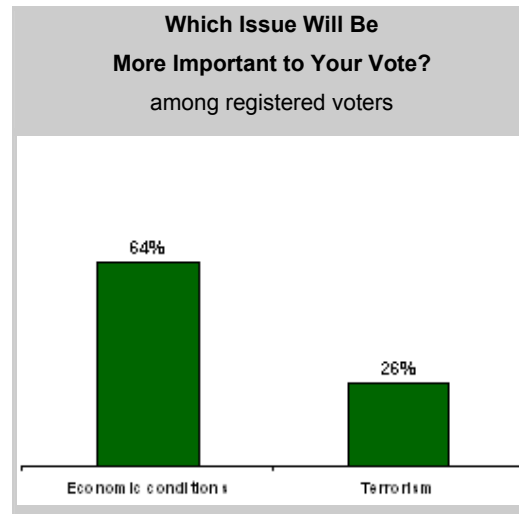
Nach *CNN/USA Today/Gallup* poll, führt Kerry in allen innenpolitischen Fragen, wie soziale Sicherheit, Wirtschaft und Bildung, während Bush in ausserpolitischen Angelegenheiten von den Befragten mehr Vertrauen entgegengebracht wird.

Kerry vs. Bush on Issues

2004 Mar 5-7 in %	Kerry	Bush	Differenz für Kerry
Healthcare	55	37	+18
The federal budget deficit	54	37	+17
The economy	51	42	+9
Education	47	43	+4
Gay marriage	42	47	-5
Foreign affairs	42	51	-9
The situation in Iraq	40	54	-14
Terrorism	33	60	-27

Quelle: *CNN/USA Today/Gallup* poll

Auf die Frage, welches Thema für die Stimmabgabe ausschlaggebender wäre, entschieden sich 64% für die wirtschaftliche Entwicklung und lediglich 26% für die Bekämpfung des Terrorismus.



Quelle: CNN/USA Today/Gallup poll

Dies scheint der ausschlaggebende Grund dafür zu sein, dass Kerry in der „Sonntagsfrage“ vor dem amtierenden Präsidenten liegt. Obwohl die Mehrheit Bush den besseren Umgang mit der Situation im Irak, dem Terrorismus und internationalen Problemen zutraut, wird Kerry in nationalen Fragen und damit in jenen, die die Bevölkerung als wichtiger und wahlkampfentscheidend betrachtet, bevorzugt.

Auch einer Umfrage durch CBS News/*New York Times* vom 14. März zufolge, bleibt die Wirtschaft für die amerikanische Bevölkerung das wichtigste Wahlkampfthema.

Trotz der Anschläge in Madrid haben sich die Prioritäten der US-Bevölkerung nicht geändert, so dass Bush, um Kerry zu schlagen, dringend innenpolitische Erfolge vorweisen müsste. Sein Kampf gegen den Terror scheint im Moment das Einzige, aber bei weitem nicht ausreichende Thema, um die amerikanische Bevölkerung von einer weiteren Amtszeit zu überzeugen.

Der unabhängige Kandidat Ralph Nader könnte den Republikanern allerdings wieder - wie vor 4 Jahren - zum Sieg verhelfen. Da Nader, zum Nachteil von Kerry, voraussichtlich überwiegend Stimmen aus dem demokratischen Lager abziehen wird,

könnte er zum entscheidenden Faktor im prognostizierten Kopf an Kopf Rennen zwischen Bush und Kerry werden.

Vielleicht erwartet uns ein Deja-vú.

Schwerpunkt Lateinamerika

Der eigene „Hinterhof“ bereitet Amerika Sorgen. Vor allem Venezuela, Argentinien und Kolumbien beschäftigen **Marc Falcoff**, den renommierten Lateinamerikaexperten des **American Enterprise Institutes** in diesem Monat.

Referendum in Venezuela

Schon 1992 hatte sich **Hugo Chavez** durch einen Putsch selbst zum Präsidenten Venezuelas machen wollen. Der Staatsstreich misslang, doch vor fünf Jahren wählten ihn seine Landsleute zum Staatsoberhaupt. Seitdem spaltet Chavez das Land; die Armen sehen ihn als Retter, andere als Unheilbringer. Derzeit diskutiert die Republik über die Abwahl des Präsidenten. Chavez selbst hatte die Möglichkeit der Abwahl qua Referendum in „seiner“ Verfassung aus dem Jahr 1999 geschaffen. Voraussetzung ist, dass mindestens 20 Prozent, also 2,4 Millionen aller Wähler, eine Petition zur Abwahl unterschreiben. Kommt es zum Referendum, so muss der Herausforderer mehr Stimmen erhalten als der Präsident zuvor. Chavez würde also nur abgewählt, wenn ein Herausforderer mehr als 3,9 Millionen Stimmen erhielte. Im vergangenen Jahr hatten Chavez' Gegner 3,4 Millionen Unterschriften gesammelt; ein Wahlgremium entschied nun, dass nur 1,8 Millionen davon gültig sein sollen. **Die Organization of American States** und das in Atlanta angesiedelte **Carter Center** haben dagegen protestiert. Selbstverständlich, so Mark Falcoff, habe Chavez großes Interesse daran, das Referendum soweit wie möglich hinauszuzögern; findet es vor dem 19. August statt, dann gibt es Neuwahlen innerhalb von 30 Tagen; nach dem 19. August würde Vizepräsident **José Vicente Rangel** Chavez' Platz einnehmen bis reguläre Wahlen anstehen. Die Opposition hätte dann nur einen Pyrrhussieg in ihren Händen. Chavez baut auf Sympathie bei seinen treuesten Wählern. Dank generöser Ausgaben für die Armen hat sich die Stimmung in den vergangenen Monaten zu Gunsten des Generals entwickelt. Die Staatskasse kann es sich erlauben, denn die Ölpreise sind auf hohem Niveau stabil. Doch Chavez' katastrophale wirtschaftliche Bilanz lässt sich damit nicht unsichtbar machen. Falcoff rechnet sie vor: Eine halbe Million meist gut ausgebildete Venezolaner sind seit

Chavez Einzug in den Präsidentenpalast emigriert; allein im Jahr 2003 fiel das BIP um 20 Prozent und die Preise stiegen um ein Viertel; der Privatsektor ist minimiert und das bringt hohe Arbeitslosigkeit mit sich; das Land ist schon jetzt fast vollständig abhängig von seinen Ölreserven und dem Ölpreis. Aber nicht alle Indikatoren sind Falcoff zufolge negativ: Dank des hohen Ölpreises (die Ölindustrie ist in Staatshand) verfügt das Land über Reserven von mehr als \$21 Milliarden; einige amerikanische Ökonomen rechnen für dieses Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 7 Prozent, Chavez selbst spricht von 10 Prozent. Wie das Geld genutzt werden soll, verrät der Präsident nicht. In Castroscher Manier klagt er vor allem die USA und in Washington ansässige internationale Finanz- und Entwicklungsinstitutionen an. Zur selben Zeit baut der General die Armee personell auf – Chavez ist bekannt dafür, dass er immer wieder versucht, die Streitkräfte zu politisieren. Da Chavez keine Anzeichen gibt, dass er sich im Falle einer Niederlage zurückziehen wird, blickt der Analyst Falcoff in die Zukunft und warnt vor „sehr gut möglichen und vor allem furchtbaren“ Konsequenzen.

Argentinien – Erfolg durch Neuauflage des Peronismus?

Argentinien dagegen scheint sich am eigenen Schopf aus der Krise herausgezogen zu haben. Das Wachstum von beträchtlichen 7 Prozent in diesem Jahr ruht Falcoff zufolge auf drei Säulen: der drastischen Devaluierung des Pesos, wodurch das Land zu seiner traditionellen Rolle als Exportnation zurückgefunden hat; ausländische Investitionen; die informelle, also graue, Wirtschaft. Dennoch: Bis zu 60 Prozent der Bevölkerung gelten als arm und die Arbeitslosigkeit liegt bei 20 Prozent. Ideologisch hat sich Argentinien vom neoliberalen Wall-Street-Wunderkind unter **Carlos Menem** zu einem Mekka der Antiglobalisierungsgegner entwickelt. **Che Guevara** und **Noam Chomsky** geben heute in Buenos Aires den Ton an. „Anti-Bush“-Rhetorik heizt dabei den traditionellen Antiamerikanismus weiter an; auf die von der US-Regierung propagierte kontinentale Freihandelszone **Área de Libre Comercio de las Américas (ALCA)** sind Argentinier nicht gut sprechen, sie sehen darin einen Komplott, das Land zu „globalisieren“. Der populäre Präsident **Nestor Kirchner** fährt gut in diesen Fahrwassern, ähnelt doch seine Wirtschaftsversion der des originären Peronismus der 1940er Jahre und somit einer antiquierten Form von Staatskapitalismus.

Kolumbien – soziale Ungerechtigkeit oder Machtpoker?

Kolumbien kommt nicht zur Ruhe. Seit Bestehen leidet das Land unter bürgerkriegsähnlichem Zustand. Heute stehen sich 40 Millionen Bürger, Guerilla-Gruppen, allen voran die **Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC)** mit 17.000 bewaffneten Kämpfern, und 13.000 so genannte Paramilitärs gegenüber. Die FARC gibt vor, für eine Marxistische Revolution zu kämpfen. Hinter der Maske dieser „dekorativen Ideologie“ kidnappt (zuletzt die frühere Präsidentschaftskandidatin **Ingrid Betancourt**) und mordet die Guerilla. Die FARC überlebt nicht, weil sie so beliebt ist, sondern weil sie sich in riesigem Ausmaß durch den Handel mit Drogen engagiert. AEI-Lateinamerikaexperte Marc Falcoff resümiert in diesem Monat Kolumbiens Lage (<http://www.aei.org/publication199979>). Falcoff beschreibt zwei „Denkschulen“ hinsichtlich des Konflikts. Vornehmlich Europäer glauben, die Guerilla sei das Ergebnis jahrelanger sozialer Ungerechtigkeit. Falcoff erinnert an die „celebrity“-Reisen hoher Guerillas durch Europa in vergangenen Jahren. Von der Europäischen Union ins Leben gerufenen Friedensmissionen sollen die Zivilgesellschaft und lokale Demokratie fördern. Im März 2002 startete die erste Mission – mit einem Budget von € 43 Millionen, die zweite folgte im Dezember 2003 – ausgestattet mit € 33 Millionen. Falcoffs Einschätzung: „Wer glaubt, der Konflikt dreht sich um Armut und nicht um einen politischen Machtkampf, der sollte das gesamte EU-Entwicklungshilfebudget der kommenden Jahre für Kolumbien veranschlagen.“ Andere meinen, die Guerillas seien des Kämpfens müde; dass das bislang keine Konsequenzen hatte, läge an der Regierung, die keine Garantien für den Fall der Waffenniederlegung bereitgestellt hat. Falcoff dazu: Für die Guerilla ist der Frieden nicht reizvoll, schließlich ist sie mit ihren Geschäftsaktivitäten (Waffen- und Drogenhandel) außerordentlich erfolgreich. Außerdem gab es viele Möglichkeiten für Verhandlungen. Der „Friedensprozess“ von Präsident **Andres Pastrana** (1998-2003) verlief ins Leere und macht den Weg frei für den „Hardliner“ **Alvaro Uribe**. Dessen Strategie zahlt sich aus, meint Falcoff. Die Ergebnisse seien beeindruckend: Morde und Entführungen gehen zurück, einige Highways sind wiedereröffnet, manch hochrangiger Guerilla ist verhaftet. Uribes Zustimmungsraten sind außerordentlich hoch. Dass der Präsident in seiner Strategie den Paramilitärs eher unkritisch und zuvorkommend gegenübersteht (geplant ist eine Amnestie), stört vor allem Europäer und Menschenrechtsorganisationen. Derweil befindet sich die Wirtschaft im Aufschwung. Gut ausgebildete Venezolaner fliehen nach Kolumbien

und der **Internationale Währungsfond** lobt das Land; Falcoff glaubt, ein Ende des Konflikts könnte Kolumbien gar zu einem zweiten Chile machen – und so soziale Gerechtigkeit von selbst herstellen.

Für die Demokraten geht es im Wahlkampf um alles, meint Grover Norquist

Konservative verehren den politischen Kommentator **Grover Norquist**, Liberale nicht. Für das **American Enterprise Institute** hat der ebenso scharfzüngige wie einflussreiche Norquist nun kundgetan, warum Präsident **George W. Bush** die Wahl wiederum gewinnen könnte – und warum er sich ebenso gut besiegen ließe (http://www.teamag.com/printVersion/print_article.asp?articleID=17898). Für Bush spreche das Wirtschaftswachstum; während des gesamten Wahlkampfs werde es um die fünf Prozent liegen. Dann die Festnahme von **Saddam Hussein** und Libyens Verzicht auf Massenvernichtungswaffen – da könnten die Demokraten nicht mehr sagen, der Irakkrieg hätte nichts mit dem Kampf gegen den Terror zu tun. Selbst wenn Bush die Wiederwahl verlöre, gäbe es keinen Politikwechsel: Fünf Demokratische Senatssitze müssen wiederbesetzt werden – aller Voraussicht nach werden sie Republikanisch. So würden die Republikaner auch im November 2004 beide Häuser kontrollieren. Demokratische Vorhaben, wie striktere Schusswaffengesetze und neue Ausgabengesetze, hätten dann auch mit einem Demokratischen Präsidenten keine Chance. Von vier weiteren Jahren Bush verspricht sich Norquist: eine Strafrechtsreform, die Ausweitung von **NAFTA** auf die gesamte westliche Hemisphäre, eine weitere **Doha-Runde** der Handelsliberalisierung, den verstärkten Niedergang der Gewerkschaften („warum Tarifföhne zahlen, wenn Mexikaner es billiger können“), Auslagerung von 850.000 Regierungsjobs, wodurch die Gewerkschaften weiter schrumpfen. Auf der anderen Seite, so Norquist, stehen die Linken Utopisten, die sich lieber auf Richter als auf die Gesetzgeber verlassen, um ihre unpopuläre soziale, ökologische und aggressiv säkulare Agenda durchzusetzen. Noch ein, zwei Berufungen von konservativen Richtern an das Oberste Gericht und die Demokraten könnten das, was sie „Progress“ nennen, vergessen. Nur so ließe sich der Hass auf Bush erklären. Die Demokraten handelten realistisch, so Norquist, für sie gehe es um alles.

George Soros hat sich ein neues Ziel gesetzt

George Soros, der durch Devisenspekulation zum Multimilliardär wurde, hat sich seinem ganz eigenen Kampf verschrieben: Er will **George Bush** aus dem Weißen Haus vertreiben. Dafür ist ihm nichts zu teuer, kein Weg zu weit. Er nennt die Ablehnung der Bush-Doktrin seinen Lebensinhalt. **Joshua Muravchik** vom **American Enterprise Institute** beschäftigt sich mit „The Mind of George Soros“ (http://www.aei.org/include/news_print.asp?newsID=20051). Sein Fazit: Der Anthropologe Soros darf nicht unterschätzt werden. Bald \$20 Millionen hat er schon in seinen Anti-Bush-Wahlkampf investiert. Um die Beschränkungen des Wahlkampffinanzierungsgesetzes zu umgehen, gab er das Geld an politische Gruppen. In seinem neuen Buch „The Bubble of Supremacy“ erklärt der gebürtige Ungar Soros, dass die USA in „die Hände einer Gruppe von Extremisten gefallen“ seien. Als diese Extremisten identifiziert er die so genannten Neokonservativen bzw. Sozialdarwinisten, die einer Ideologie der „amerikanischen Überlegenheit“ anhängen. Für sie, so Soros, war 9/11 ein Gottesgeschenk mit dem sie ihren „Masterplan“ rechtfertigen konnten. Soros postuliert lieber seine „Soros-Doktrin“. Die sieht eine wohlwollende Rolle Amerikas im Rechtsgefüge der Vereinten Nationen vor. Muravchik nennt Soros einen, der sich einbildet ein „Messias“ zu sein, der gekommen sei, „die Welt von George W. Bush und seinem Anti-Terror-Krieg zu befreien“. Ein eigenartiges Ziel für einen, so der AEI-Experte, der doch erst durch die Ausnutzung von Amerikas Freiheiten zu immensen Reichtümern gekommen ist.

Europäische Verfassung ohne „Limits“

Für das **American Enterprise Institute** schreibt **Jonathan Kallmer** von „Europas Verfassungskonfusion“; nach all den Erfolgen der letzten Jahrzehnte befände sich Europa nun auf der Suche nach einer Raison d'être (http://www.teamag.com/printVersion/print_article.asp?articleID=17884). Am Ende des **Europäischen Verfassungskonvents** stände nun ein äußerst ambivalentes Dokument, wobei nicht die Ambivalenz zu beanstanden sei („Verfassungen sollten mehrdeutig sein“). Vielmehr liefen alle Mängel darauf zurück, dass die Verfassungsgeber keine „Limits“ erkennen wollen. Es brauche keine 200 Seiten, um die Grundwerte und eine klare institutionelle Struktur der Union niederzuschreiben. Auch bei einer Verfassung mache der Ton die Musik. Die EU werde immer dafür kritisiert, dass sie nicht in Verbindung zu ihren Bürgern stehe. Auch die Verfassung

ändere daran nichts – es gäbe kein System von „Checks and Balances“, die Macht werde sich immer mehr in den Händen der Europäischen Kommission sammeln. Eine Machtbalance zwischen den Institutionen erkennt Kallmer nicht. Das Fazit des Juristen: „Mit diesem unglücklichen Dokument hat sich der Grund der Europäischen Integration auf dubiose Art und Weise umgekehrt.“

Libyen kein Vorbild für „Schurkenstaaten“

Im Dezember 2003 hat Libyens Präsident **Muammar Gaddafi** erklärt, sein Land werde sämtliche Massenvernichtungswaffenprogramme beenden. Gaddafi, den Präsident **Ronald Reagan** einst den „verrückten Hund des Nahen Ostens“ nannte; Gaddafi, der einst die Listen der weltweiten Unterstützer staatlichen Terrorismus' anführte, scheint international rehabilitiert zu sein. Manch einem gilt Libyen gar als Vorbild für andere Schurkenstaaten. Im aktuellen **National Security Outlook** warnen **Thomas Donnelly** und **Vance Serchuk** vor solchen Umarmungen Tripolis': „Gaddafis Regime gehört zu den despotischsten in der Region, verursacht Instabilität und Gewalt in ganz Afrika.“ Ihr Ratschlag: „Wenn die Bush-Administration es ernst meint, mit ihrer „Strategie der Freiheit“ für die muslimische Welt, dann darf sie sich, mit Sicht auf die innere Repression und die internationalen Abendteuer von Gaddafis Regime, nicht blind stellen.“

Theorien der Internationalen Beziehungen seit Ende des Kalten Krieges

Die Theoretiker der Internationalen Beziehungen werden in angemessener Zeit über unsere Zeit richten, sie einordnen in ihre Denkschulen, wohlmöglich gar eine neue Theorie entwickeln. **Thomas Donnelly** vom **American Enterprise Institute** hat nun die Zeit nach dem Kalten Krieg unter dem Titel „The Proof of Primacy“ in drei verschiedene Phasen unterteilt. Zuerst die „langen Neunziger“; sie begannen mit dem Fall der Berliner Mauer und endeten, abrupt, am 11. September 2001. Zumindest für Amerika, so Donnelly, waren die 1990er eine Zeit der Konfusion und Unentschlossenheit. Die zweite Phase dauerte vom 11. September 2001 bis zum 19. März 2003, dem ersten Tag des Irakkriegs. Donnelly spricht von einer Transitionsphase, in der die Bush-Administration an dem Glauben festhielt, die Probleme dieser Welt ließen sich durch eine Handvoll kompetenter, pragmatischer Realpolitiker lösen. Der Irakkrieg selbst gehöre demzufolge schon in dritte Phase, „einer neuen Ära von Pax Americana“, wie der Analyst schreibt. Von ihrer

Vorgängerin unterscheide sich diese Pax Americana darin, dass sie nicht einfach den Status Quo der globalen amerikanischen Vorherrschaft stabilisieren wolle; beginnend im Nahen Osten ziele sie darauf ab, die derzeitige liberale internationale Ordnung auszuweiten.

Strategie für Allianzen

Bei seinem Einzug ins Weiße Haus wurde **George W. Bush** gebeten, einen Vorgänger auszuwählen, dessen Portrait er in seiner neuen Residenz aufhängen möchte. Bush wählte **Dwight D. Eisenhower**, den Begründer der amerikanischen Allianzen des Kalten Kriegs. Allianzen, schreibt **Bruno Tertrais** von **der Fondation pour la Recherche Stratégique** in der aktuellen Ausgabe des **Washington Quarterly**, sind veränderlicher Natur. Eisenhowers geopolitisches Vermächtnis ist ein System von Allianzen. Die Neuordnung dieses Systems könnte Bushs Hinterlassenschaft werden. Zwar hätten neue Bedrohungen, wie Terrorismus und Waffenproliferation, alte Bündnisse gestärkt, aber sie verlangten auch nach neuen Ad-hoc-Liaisons, nach bilateralen statt multilateralen Arrangements. Tertrais fragt daher, ob es überhaupt noch ein einleuchtendes strategisches Konzept für die Bildung von Allianzen gebe.

Kurzrezension: Visions of America and Europe

Es gibt Bücher, die von vorneherein einem kleinen Kreis von Lesern vorbehalten bleiben. „Visions of America and Europe. September 11, Iraq, and Transatlantic Relations“ ist ein solches Buch. Christina Balis, Doktorandin bei der Johns Hopkins University-SAIS, und Simon Serfaty, Direktor des Europaprogramms von CSIS, sind die Herausgeber des Bandes, in dem die Gedanken derjenigen zusammengefasst sind, die sich auf fast jeder Konferenz zum Thema transatlantische Beziehungen treffen. Die Beiträge in diesem Buch teilen sich nach Herkunft der Autoren auf. Aber das ist eigentlich nicht wichtig, denn viel Neues berichten die Autoren demjenigen, der sich für die Beziehungen zwischen den Kontinenten interessiert, nicht. Einig sind sich alle, dass nicht unbedingt der Fall der Berliner Mauer 1989 die transatlantische Partnerschaft verändert hat. Vielmehr sei es der Irakkrieg gewesen, mit dem die USA ihre lange diskutierte Präventivschlagstrategie verwirklicht haben. Alles, was bis dato an gegenseitigen Ressentiments unter der Oberfläche gegoren sei, hätte nun ausbrechen können. Christopher Hill von der London School of Economics

beschreibt dann auch eine wahrhaftig unheilige Allianz zwischen London und Washington. Zu asymmetrisch sei das Verhältnis der beiden Partner im Irakkrieg und auch sonst, frei nach Serfatys Einschätzung „ich führe Dich, ich höre dich und ich mag Dich – und auch nicht.“ Großbritannien, prognostiziert Hill, europäisiert sich mehr und mehr; ein Trend, den die Bewohner der Londoner Downing Street 10 nicht mehr aufhalten können. Während sich die Briten bislang zwischen pro- und antieuropäischen Saumseligkeiten entlang hangelten, orientieren sich die Italiener an ihrer jeweiligen Einstellung zu den Vereinigten Staaten. Frankreich träge eine solche transatlantische „Erblast“ nicht mit sich herum. Und so überrasche es nicht, wenn, wie Guillaume Parmentier aufzeigt, die französische Haltung vom 9/11 bis über den Irakkrieg hinaus nichts Besonderes sei. Parmentier schließt sich Robert Kagans viel zitierter Mars- und Venusthese an. Die unterschiedlichen Wertesysteme lägen auf der Hand; anders als die USA befürworte Frankreich multilaterale Institutionen in das Zentrum der weltweiten Außenpolitik zu stellen. Ein ähnlicher Ruf eilt Deutschland voraus. Allerdings, so stellt Michael Stürmer fest, standen die Deutschen viel enger zusammen, als es darum ging, den Irak nicht in einen bewaffneten Konflikt zu verwickeln. Für Stürmer hat die vormals entscheidende „Deutsche Frage“ noch immer große Bedeutung. Allerdings dürfe man bezweifeln, dass amerikanische Entscheidungsträger sich ähnliche Gedanken machten.

Im Ergebnis stimmen die Autoren, allesamt ausgesprochene Transatlantiker, darin überein, dass Pragmatismus nun an der Tagesordnung sei. Ein interessanter Punkt im Buch: Diejenigen, die von Europa aus auf das transatlantische Verhältnis schauen, analysieren auch die öffentliche Meinung. Auf der amerikanischen Seite scheint das eher eine untergeordnete Rolle zu spielen.

„Visions of America and Europe“ ist die Zusammenfassung von Konferenzbeiträgen. Nicht selten liest sich ein Aufsatz wie eine Rede. Redner nehmen bekanntlich oft Rücksicht auf die Befindlichkeiten ihres Publikums. Und so erfüllt das Buch leider nicht den Anspruch einer gründlichen Analyse der transatlantischen Beziehungen.

Christina V. Balis und Simon Serfaty, Visions of America and Europe. September 11, Iraq, and Transatlantic Relations, Washington, DC, Center for Strategic and International Studies, 2004.

Demographie

Veränderungen auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt

Nicht nur Europa macht sich Gedanken um seine demographische Entwicklung. Auch die Vereinigten Staaten, das Einwanderungsland schlechthin, müssen mit einer geringeren arbeitsfähigen Bevölkerung rechnen. Eine neue Studie der **RAND Corporation**, im Auftrag des Arbeitsministeriums, beschreibt nun, wie sich technologische Neuerungen, wirtschaftliche Globalisierung und demographische Verschiebungen auf den amerikanischen Arbeitsmarkt auswirken werden (<http://www.rand.org/news/press.04/02.17.html>). Die Ergebnisse der Autoren – Lynn **Karoly** und **Constantijn Panis** – im Einzelnen: Die Wachstumsrate der arbeitsfähigen Bevölkerung wird im Jahr 2010 nur noch statische 0,4 Prozent betragen; in den 1990ern lag sie bei 1,1 Prozent, in den 1970ern gar bei 2,6 Prozent. Gründe sind die geringere Geburtenrate und der Trend hin zur Frühpensionierung. Einwanderung konnte den Prozess bislang abfedern, wenn auch nicht aufhalten. Globalisierung und Technologie werden die Arbeitswelt verändern; sie wird mobiler und individueller sein. Die Gesetzgeber, so die Empfehlung der RAND-Experten, müssten die Veränderungen verstehen und sie institutionell vorbereiten und begleiten.

Wo sich Einwanderer niederlassen

Amerika entwickelt sich mit seinen Einwanderern. In den 1980ern und 1990er erlebte das Land wahre Einwanderungswellen. **Audrey Singer** vom **Center on Urban and Metropolitan Policy der Brookings Institution** analysiert diese Verschiebungen in einer neuen Studie unter dem Titel „The Rise of New Immigrant Gateways“ (http://www.brookings.edu/urban/publications/20040301_gateways.htm). Die Ergebnisse: Dreizehn Staaten im Westen und im Südosten (vor allem Colorado, Georgia, Nevada und North Carolina) haben sich in den Neunziger Jahren zu Einwanderungszielen entwickelt. Im Gegensatz zu den Immigranten der Nachkriegszeit kommen die neuen Einwanderer vor allem aus Asien und Mexiko, sie sind meist arm und sprechen kein oder nur wenig Englisch.

Europas Gesicht verändert sich

Auch Europas Gesicht ändert sich mit seinen Immigranten. Wie und warum berichtet **Charles Kupchan**, Senior Fellow des **Council on Foreign Relations** und Professor

für internationale Beziehungen an der **Georgetown University** (<http://www.cfr.org/publication:print.php?id=6827&content=>). Kupchan, in den USA ein ausgesprochener Europa-Experte, ist sich sicher, dass der dramatische Rückgang der Geburtenrate und die zunehmende Immigration für Europas ethnische Homogenität das Ende bedeuten kann. Die vorwiegend christliche Bevölkerung müsse sich an die Vermischung des Kontinents mit dem Islam gewöhnen. Die Integration der neuen Europäer ist dabei die größte Herausforderung, so Kupchan, schließlich habe Deutschland die Staatsangehörigkeit bis vor kurzem noch über Ethnizität und nicht durch Geburtsort bestimmt. Europa mache es sich nicht leicht mit dem Gedanken an eine multiethnische Gesellschaft, und das habe vor allem der Rechten den politischen Spielball in die Hände gegeben – siehe **Jean Marie Le Pen** in Frankreich, **Jörg Haider** in Österreich und **Pym Fortyn** in den Niederlanden. Der Kontinent braucht Einwanderung, schreibt Kupchan, und wegen der Nähe zu Nordafrika, zum Nahen und Mittleren Osten sowie zur Türkei werden die meisten Einwanderer zwangsläufig aus muslimischen Ländern kommen. Ob Kopftuchverbote, wie jetzt in Frankreich beschlossen, bei der Integration helfen, werde sich zeigen.

Frauenrechte im Arabischen Raum

Marina Ottaway vom „Democracy and Rule of Law Project“ beim **Carnegie Endowment for International Peace** schreibt schon seit geraumer Zeit über Menschenrechtsverletzungen in autoritären Systemen. Nun hat sich die Expertin den Rechten von Frauen in der Arabischen Welt zugewendet. In ihrer neuen Studie kommt Ottaway, wie gewohnt bisweilen harsch im Ton, zu dem Ergebnis, dass mehr Rechte für Frauen und Demokratieförderung unterschiedliche Dinge seien. Demokratie verbessere sich nicht mithilfe von Programmen, die Frauen fördern. Die USA sollten diese Verbindung überdenken.

Zweite Welle von HIV und Aids: Indien

Die Zahlen von HIV-Infektionen und AIDS-Erkrankungen weltweit sind erschreckend. In Afrika hat die Epidemie ganze Länder regelrecht entvölkert; jetzt lassen sich ähnliche, wenngleich schwächere Auswirkungen von HIV/AIDS in Indien erkennen. Auswirkungen, die Lektionen für andere Länder der so genannten „zweiten Welle“ bereithalten könnten, meint **Pramit Mitra** im aktuellen **South East Asia Monitor** des

Center for Strategic and International Studies. Indien, so erklärt der Analyst, hat ein schwaches Gesundheitssystem, das Volk von einer Milliarde ist mobil, zunehmend auch global, und hat eine komplexe soziale Struktur. Der Subkontinent erlebt derzeit den „Breakout“ – das Stadium in dem sich die Infektionen nicht mehr nur auf Risikogruppen beschränken, sondern die gesamte Bevölkerung betreffen. Vier Probleme kommen noch hinzu: HIV/AIDS ist nicht die einzige Epidemie; jedes Jahr sterben eine halbe Million Menschen an Tuberkulose, zwei Millionen stecken sich mit der Lungenschwindsucht an. Dabei hat Indien mit 4,9 Prozent des BIP eines der geringsten Gesundheitsbudgets der Welt – selbst weitreichende Hilfe von Geberländern und NGOs kann das nicht balancieren. Wie in den meisten anderen Staaten ist AIDS/HIV in Indien ein gesellschaftliches Tabuthema, daher kommt es, so Mitra, vor allem auf die politische Führung an. Derzeit bereitet sich das Parlament auf eine umfassende Gesetzgebung in Bezug auf HIV und AIDS vor. Allerdings fehlt es an sozialer Führung, an Vorbildern, wie des Basketballstars **Magic Johnson** in den USA, die bei HIV und Aids kein Blatt vor den Mund nehmen.

Weltweit mehr als drei Millionen Menschen starben im vergangenen Jahr an Aids – 2,3 Millionen allein in Afrika, 40 Millionen sind derzeit mit dem HI-Virus infiziert – 70 Prozent davon im südlichen Afrika. Die Bush-Regierung hat reagiert, der Präsident sieht es als „moralische Pflicht“ an, dem Tod und dem Leiden entgegenzutreten. Für das Jahr 2005 hat er den Kongress um \$20 Milliarden gebeten. Mindestens zwei Millionen HIV-Infizierte sollen damit in den nächsten fünf Jahren behandelt und sieben Millionen Neuinfizierungen verhindert werden (http://www.aei.org/include/news_print.asp?newsID=19918).

Russland will sich strategisch nicht festlegen

In den Neunziger Jahren, nachdem die Sowjetunion auseinander gebrochen war, hatte der Rechtsnachfolger Russland viel vom sowjetischen Superpower-Status eingebüßt. Der Westen sorgte sich vornehmlich um die Sicherheit der Atomwaffenarsenale und die russischen Bodenschätze. Das 21. Jahrhundert hat Russland als unabhängiger Spieler betreten – als Partner des Westens zwar, keinesfalls aber als Teil desselben. Moskau, so schreibt **Dmitri Trenin** im aktuellen **Washington Quarterly**, ist entschlossen, strategisch unabhängig zu bleiben und seinen Großmachtstatus wiederherzustellen. Erstmals seit 1991 hat Russland seine Nachbarstaaten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zur außenpolitischen

Priorität erhoben, meint Trenin. Welche Rolle das Land zukünftig spielen wird, hänge davon ab, wie Moskau sich in Bezug auf Massenvernichtungswaffen und Waffenhandel verhalte. Trenins Prognose: Im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts wird Russland sich auf die Entwicklung innerhalb seiner Grenzen konzentrieren – gerade weil Moskau verhindern wolle, dass das Land im Vergleich zu China wirtschaftlich und demographisch unbedeutender werde. Wie auch immer China sich entwickle, Russland sei direkt davon betroffen. Das russische Dilemma – Mitglied in „zwei Clubs“, im westlichen und im asiatischen Sicherheitsbündnis, und dennoch keine Weltmacht – bleibe bestehen. Russlands Zukunft hänge davon ab, so Trenins Schlussfolgerung, wie der Kreml dieses unauflösbare Dilemma manage.

What's New?

Umweltspezialist Joel Schwarz forscht beim AEI; Mohammed Semati geht zu Carnegie

Joel Schwarz, Umweltspezialist, macht einen Forschungsabstecher zum **American Enterprise Institute**. Seine Spezialgebiete: Luftverschmutzung, Verkehr, chemische Risiken. **Mohammed Hadi Semati** von der Teheraner Universität gehört zu den wichtigsten Politikwissenschaftlern des Iran. In diesem Jahr wird Semati, gemeinsam mit **Daniel Brumberg** und **George Perkovich**, beim **Carnegie Endowment for International Peace** in Washington zu politischen Reformen im Nahen Osten sowie den amerikanisch-iranischen Beziehungen forschen.

CFR-Fellowship für Wissenschaftsjournalistin Laurie Garret; Nancy Roman neue Vizepräsidentin des CFR und Direktorin des Washington Programms, Lee Feinstein wird Exekutiv-Direktor

Beim **Council on Foreign Relations** gibt es einen neuen Fellowship für globale Gesundheitsthemen. Die **Bill & Melinda Gates Foundation** finanziert das Programm. Die Wissenschaftsjournalistin und Pulitzer-Preis-Gewinnerin **Laurie Garrett** wird von März an beim CFR forschen. Am Ende soll eine Studie zum Zusammenhang von globalen Epidemien und Sicherheit stehen.

Wissenschaftsjournalistin Laurie Garrett beim CFR

Nancy Roman wird neue Vizepräsidentin des CFR und Direktorin des **Washington Programms**. Roman, derzeit noch Präsidentin der G7-Gruppe, einer politischen Consulting-Agentur, ist von Hause aus Journalistin. Nach ihrem Abschluss an der Johns Hopkins University School of Advanced International Studies war sie unter anderem Chefin des Kongressbüros der *Washington Times*. Roman übernimmt das Amt von **Lee Feinstein**, der als Exekutiv-Direktor den „Task Forces“ des CFR vorstehen wird.

Auswahl für den Arthur Ross Book Award des CFR

Ein Buch, das in die engere Auswahl der Jury des Pulitzer-Preises gelangt, avanciert fast automatisch zum Verkaufsschlager. Ähnliches gilt für andere renommierte Buchprämien. Jetzt hat der **Council on Foreign Relations** seine Liste für den diesjährigen **Arthur Ross Book Award** preisgegeben. Es ist die wichtigste Auszeichnung für Autoren, die sich mit internationalen Beziehungen beschäftigen. Der Stempel des Ross-Awards verleiht einem Buch den Charakter eines Grundlagenwerks. In der engeren Auswahl finden sich: **Robert J. Art** mit „A Grand Strategy for America“, **Daniel Benjamin** und **Steven Simon** mit „The Age of Sacred Terror: Radical Islam’s War Against America“, **Robert Cooper** mit „The Breaking of Nations: Order and Chaos in the Twenty-First Century“, **Ivo Daalder** und **James M. Lindsey** mit „America Unbound: The Bush Revolution in Foreign Policy“, **Niall Ferguson** mit „Empire: The Rise and Demise of the British World Order and the Lessons for Global Power“ und **William Taubman** mit „Krushchew: The Man and his Era“. Die Entscheidung der Jury, zu der auch **Richard N. Haass** (Präsident des CFR), **Robert Kagan** (CEIP) und **Stephen M. Walt** (Kennedy School of Government, Harvard) gehören, fällt am 30. April 2004.

Bibliographie

AEI Newsletter, Responding to the Global AIDS Pandemic, American Enterprise Institute, Washington, DC, 2004.
http://www.aie.org/include/news_print.asp?newsID=19918.

Christina V. Balis und Simon Serfaty, Visions of America and Europe. September 11, Iraq, and Transatlantic Relations, Washington, DC, Center for Strategic and International Studies, 2004.

Thomas Donnelly, The Proof of Primacy, National Security Outlook, American Enterprise Institution, Washington, DC, 2004.

Marc Falcoff, Facing Up to the Conflict in Colombia, AEI Latin America Outlook, Washington, DC, 2004. <http://www.aei.org.publication199979>.

Marc Falcoff, Venezuela: Nearing the Moment of Truth, Latin American Outlook, Washington, DC, American Enterprise Institute, 2004.

Marc Falcoff, Argentina Has Seen the Past – and It Works (For Now), Latin American Outlook, Washington, DC, American Enterprise Institute, 2004.

Jonathan Kallmer, The European Constitution Confusion, The American Enterprise Magazine, März 2004.

Lynn Karoly und Constantijn Panis, The 21st Century at Work: Forces Shaping the Future of Workforce and Workplace in the United States, RAND Corporation Labor and Population Program, Washington, DC, 2004.
<http://www.rand.org/news/press.04/02.17.html>.

Charles Kupchan, Immigrants Change Face of Europe, Council on Foreign Relations, New York, 2004. <http://www.cfr.org/publication:print.php?id=6827&content=>.

Joshua Muravchik, The Mind of George Soros, American Enterprise Institute, Washington, DC, 2004. http://www.aei.org/include/news_print.asp?newsID=20051.

Grover Norquist, Cornered Rats Fight Hard, The American Enterprise Magazine, März 2004. http://www.teamag.com/printVersion/print_article.asp?articleID=17898.

Marina Ottaway, Women's Rights and Democracy in the Arab World, Carnegie Papers No. 42, Washington, DC, Carnegie Endowment for International Peace, 2004.

Mitra Primit, HIV/AIDS Lessons from India, South East Asia Monitor No. 68, Washington, DC, Center for Strategic and International Studies, 2004.

Vance Serchuk und Thomas Donnelly, Beware of the „Libyan Model“, National Security Outlook, American Enterprise Institution, Washington, DC, 2004.

Audrey Singer, The Rise of New Immigrant Gateways, The Brookings Institution, Washington, DC, 2004.
http://www.brookings.edu/urban/publications/20040301_gateways.htm.

Bruno Tertrais, The Changing Nature of Military Alliances, The Washington Quarterly, Center for Strategic and International Studies, Frühjahr 2004.

Dmitri Trenins, Russia and Global Security Norms, The Washington Quarterly, Center for Strategic and International Studies, Frühjahr 2004.
http://www.teamag.com/printVersion/print_article.asp?articleID=17884.

Think Tanks im Internet (Auswahl)

American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI): www.aei.org

The Brookings Institution: www.brookings.edu

Carnegie Endowment for International Peace: www.ceip.org

CATO Institute: www.cato.org

Center for American Progress: www.centerforamericanprogress.org

Center for National Policy (CNP): www.cnponline.org

Center for Strategic and International Studies (CSIS): www.csis.org

Center on Budget and Policy Priorities: www.cbpp.org

The Century Foundation: www.tcf.org

The Heritage Foundation: www.heritage.org

Hoover Institution: www-hoover.stanford.edu

Institute for International Economics (IIE): www.iie.org

James A. Baker III Institute for Public Policy: <http://bakerinstitute.org>

The New America Foundation: www.newamerica.net

Pew Research Center For The People & The Press: www.people-press.org

Progressive Policy Institute: www.ppionline.org

RAND Europe: www.rand.org/randeurope

RAND Corporation: www.rand.org

RAND Qatar: www.qf.org.qa

Konrad-Adenauer-Stiftung im Internet

Konrad-Adenauer-Stiftung: www.kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington: www.kasusa.org

KAS-Portal für den euro-atlantischen Dialog: www.Transatlantik-Netz.de



Franz-Josef Reuter / Kristin Vorpahl

Caroline Kanter

Konrad-Adenauer-Stiftung

Außenstelle Washington

Washington am 25. März 2004